

Deutschland hat Zukunft 100 Tage Trump – wirtschaftliche und politische Ziele

Freitag, 5. Mai 2017 um 9:00 Uhr

The Charles Hotel, Ballsaal

Sophienstraße 28, 80333 München

Begrüßung

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Generalkonsulin,

sehr geehrter Herr Merz,

sehr geehrter Herr Molitor,

meine Damen und Herren,

herzlich willkommen zu unserem Deutschland hat
Zukunft Kongress!

Die ersten hundert Tage der neuen US-
Regierung unter Präsident Trump sind vorbei –
Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen!

Eines vorweg: Viele Befürchtungen haben sich
nicht erfüllt. Gegenüber der NATO und der EU
schlägt Präsident Trump mittlerweile sanftere
Töne an. Das sind wichtige Signale.

Ich habe keine Zweifel, dass Stabilität und
Kontinuität der transatlantischen Beziehungen
gewahrt bleiben.

„America first“ und unsere Haltung dazu

Sorgen bereiten uns jedoch nach wie vor die
protektionistischen Tendenzen in der
Handelspolitik.

Präsident Trump ist mit dem Motto angetreten
„America first“.

Im Kern geht es darum, Produktion und Konsum
im eigenen Land zu fördern.

Das ist ein berechtigtes Anliegen, das die
Amerikaner von jedem ihrer Präsidenten erwarten
dürfen.

Das Ziel ist also in Ordnung.

Was den Weg betrifft, müssen wir gegenüber den
USA deutlich machen:

1. dass wir klar für freien Handel und
Wettbewerb eintreten, und
2. dass auch die USA durch Protektionismus
mehr verlieren als gewinnen.

Bedeutung des bayerischen Exports in die USA

Das gilt umso mehr, als die Vereinigten Staaten
mit einem Handelsvolumen von über
32 Milliarden Euro der wichtigste Handelspartner
Bayerns sind.¹

¹ Vor Österreich (30 Mrd. Euro) und China (29 Mrd. Euro).

Seit Jahren sind die USA der mit Abstand größte Exportmarkt für bayerische Produkte.

2016 gingen 11,2 Prozent unserer Exporte dorthin.

Das ist beeindruckend – auch wenn die bayerischen Ausfuhren 2016 gegenüber 2015 um fast 10 Prozent gesunken sind.

Eine überdurchschnittliche Bedeutung hat der US-Markt für:

- die Pharmaindustrie *(28,9 Prozent = 870 Mio. €),*
- den Sonstigen Fahrzeugbau
*(im Wesentlichen der Bereich Luft- und Raumfahrt:
25,1 Prozent = 933 Mio. €),*
- den Automotiv-Bereich
*(vor allem Pkw: 15,4 Prozent = 5,8 Mrd. € und
Kfz-Teile: 13,4 Prozent = 1,9 Mrd. €)*
- sowie die Elektronikindustrie *(15,7 Prozent = 2,8
Mrd. €).*

Auf den Rängen zwei und drei der bedeutendsten Exportländer für Bayern folgen erst mit einigem Abstand China *(8,2 Prozent)* und UK *(8,2 Prozent)*.

Importe aus den USA nach Bayern

Bei den Importen liegen die USA auf Rang drei der wichtigsten Lieferländer Bayerns. Der Anteil an den Gesamteinfuhren lag zuletzt bei gut 7 Prozent.

Bayern erwirtschaftet also seit Jahren einen spürbaren Exportüberschuss im Handel mit den USA. Im Jahr 2016 belief sich dieser auf knapp 9 Milliarden Euro.

Bedeutung der Direktinvestitionen

Die Vereinigten Staaten sind darüber hinaus ein wichtiger Investitionsstandort für bayerische Unternehmen.

15 Prozent ihres gesamten Bestands an ausländischen Direktinvestitionen befanden sich 2014 in den USA.

In den USA gibt es rund 4.700 Unternehmen mit deutscher Beteiligung. Sie unterstützen dort etwa 670.000 Arbeitsplätze und erwirtschaften einen Umsatz von 360 Milliarden Euro.

Allein Siemens ist mit 40 Werken und 60.000 Mitarbeitern in den USA aktiv.

Das größte BMW-Werk der Welt steht in Spartanburg, South Carolina.

Umgekehrt ist Bayern ein beliebter Standort für Investitionen von US-Firmen:

Fast 8 Prozent des Bestands an Investitionen ausländischer Unternehmen in Bayern stammten aus den USA.

Deutsche und US-Unternehmen gehören zu den wichtigsten Investoren im jeweils anderen Markt.

Kritik am deutschen Handelsbilanzüberschuss

Deswegen weisen wir die anhaltende Kritik am deutschen Handelsbilanzüberschuss zurück:

Die Stärke Deutschlands hat ihren Grund

- in der besonderen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte
- und den durchgeführten Strukturreformen.

Über 80 Prozent der deutschen Exporte in die USA sind Vorleistungen und Investitionsgüter, die in den USA weiterverarbeitet werden.

Es muss klar werden, dass die USA von deutschen Investitionen und Gütern profitieren!

Wirtschaftspolitische Maßnahmen der Trump-Administration

Meine Damen und Herren,

das rasante Arbeitstempo von Präsident Trump ist beeindruckend.

Mit zahlreichen Erlassen will der Präsident seinen Wählern und Anhängern zeigen, dass er verlässlich ist.

Werfen wir einen Blick auf die wichtigsten Politikbereiche der ersten hundert Tage Trump!

Ich will fünf Themen hervorheben:

- die Handelspolitik
- die Steuerreform
- die geplanten Investitionen in die Infrastruktur
- die Klima- und Energiepolitik sowie
- die Vorhaben zur Deregulierung.

Handelspolitik

Zunächst die Handelspolitik – sie lässt nach wie vor eine protektionistische Ausrichtung befürchten.

Stichworte sind:

- Austritt aus TTP – noch vor dessen Ratifizierung,
- NAFTA soll nachverhandelt werden, sowie
- verschiedene Ansätze für Strafzölle.

In einem ersten Schritt hat die Trump-Administration die Stahl-Importe ins Visier genommen. Ziel ist es, die amerikanischen Anti-Dumping- und Ausgleichszoll-Gesetze strenger durchzusetzen.

Zudem drohen Importbeschränkungen für Stahl, wenn das Handelsministerium eine Bedrohung für die nationale Sicherheit nachweisen kann.

Zwei deutsche Stahlproduzenten wurden beschuldigt, amerikanische Handelsgesetze verletzt zu haben.

Meine Damen und Herren, für solche Fälle gibt es bereits gut etablierte Mechanismen bei der WTO!

Es darf nicht sein, dass ausländische Produzenten dafür verantwortlich gemacht werden, wenn die amerikanischen Zölle ihre Gesetze nicht durchsetzen.

Auch bei Aluminium-Importen soll es zu Untersuchungen kommen.

Wichtig ist, dass es zu keinem Handelskrieg kommt.

Dies würde überall in der Welt – auch in den USA – zu Wohlstandsverlusten führen.

Wir sind der Überzeugung, dass sich diese Einsicht auch in der US-Administration durchsetzt.

Steuerreform

Zweitens zur geplanten Steuerreform:

Donald Trump will sein Land als Standort für Unternehmen attraktiver machen.

In seiner ersten Rede im Kongress hat Präsident Trump eine große Steuerreform angekündigt – mit wesentlichen Entlastungen für Unternehmen und Mittelschicht.

Letzte Woche hat US-Finanzminister Mnuchin erste Zahlen der geplanten Steuerreform vorgestellt:

- Senkung der Unternehmenssteuern von 35 auf 15 Prozent.
- Reform der Einkommensteuer mit einer Senkung des Spitzensteuersatzes von 40 auf 35 Prozent, einer Verdopplung des Freibetrags und zahlreichen Vereinfachungen.
- Sowie die Abschaffung der Erbschaftsteuer und der Minimum-Besteuerung.

Finanziert werden soll die Steuerreform durch

- mehr Wirtschaftswachstum und
- durch die Rückholung im Ausland gehorteter Unternehmensgewinne mit einer niedrigen Einmalbesteuerung.

Von einer Grenzausgleichsteuer (*Border Tax Adjustment*) war nicht mehr die Rede!

Das ist ein sehr positives Signal. Für die bayerische und deutsche Exportwirtschaft wäre sie ein gravierender Nachteil!

Nach dem Scheitern der Gesundheitsreform ist eine schnelle Steuerreform jedoch unsicherer geworden.

Donald Trump braucht auch hier den Kongress – besonders die Gegenfinanzierung wird auf Widerstände stoßen.

Fest steht aber: Sollte die Reform so kommen, würde sie den internationalen Steuerwettbewerb neu entfachen – zumal auch Großbritannien deutliche Steuererleichterungen für Unternehmen anstrebt.

Investitionen in die Infrastruktur

Drittens plant Präsident Trump umfassende Investitionen in die Infrastruktur.

Das führt einerseits zu einem Anstieg der Staatsschulden. Andererseits ist das auch eine Chance – es werden Arbeitsplätze geschaffen und die Wirtschaft wird angekurbelt.

Steuerliche Anreize für Investitionen in die US-amerikanische Infrastruktur bieten zudem

Potenzial auch für bayerische und deutsche Unternehmen.

Energiepolitik

Viertens zur Energiepolitik: Die Trump-Administration will verstärkt auf die Nutzung eigener Energiereserven setzen.

Das wird auf lange Sicht den Ölpreis unter Druck setzen.

Dass Donald Trump kein glühender Klimaschützer ist, wissen wir alle.

Dekrete, die große Teile der Klimaschutz-Politik Obamas außer Kraft setzen, unterlaufen jedoch die Ziele, zu denen sich die USA im Weltklimavertrag verpflichtet haben.

Die USA sind der zweitgrößte Treibhausgasproduzent der Welt – es darf nicht sein, dass sich die Amerikaner nicht an den Vertrag halten.

Der Pariser Klimavertrag hat die Basis dafür geschaffen, dass alle ihren gerechten Beitrag

leisten – und nicht nur die Deutschen und Europäer. Das war ein wichtiger Meilenstein.

Wir Europäer müssen jetzt die USA überzeugen, dass wir auch in Zukunft gemeinsam Verantwortung übernehmen – die nächste Weltklimakonferenz in Bonn bietet dafür Gelegenheit.

Deregulierung

Schließlich fünftens noch ein Wort zur geplanten Deregulierung: Durch die Regel „one-in, two-out“ sollen über drei Viertel aller auf Bundesebene existierenden Regulierungen abgeschafft werden.

Deregulierung betrifft auch den Bankensektor – insbesondere den von Obama unterzeichneten „Dodd-Frank-Act“.

Hier ist es wichtig, dass die Deregulierung in einem internationalen Rahmen eingebettet sein muss. Sie darf den Wettbewerb nicht zu Lasten Europas verzerren.

Schluss

Meine Damen und Herren,

nach hundert Tagen ist noch kein klarer Kurs in der amerikanischen Politik erkennbar. Der Präsident zeigt sich in vielen wichtigen Fragen flexibel.

Wir müssen abwarten, was die Trump-Regierung tatsächlich realisiert – und setzen weiterhin auf die seit Jahrzehnten bewährte Zusammenarbeit über den Atlantik.

Ich freue mich jetzt auf spannende Vorträge und übergebe das Wort an Frau Generalkonsulin Gavito.

Vielen Dank!